

Matteo Renzi – der italienische Blair?

von Heinz Bierbaum

Mit 40 Prozent der Stimmen hat der Partito Democratico (PD)¹ bei den Europawahlen im Mai dieses Jahres einen herausragenden und in dieser Höhe auch nicht erwarteten Sieg errungen. Dieser Erfolg ist vor allem mit dem Namen Matteo Renzi verbunden. Der frühere Bürgermeister von Florenz hat einen rasanten politischen Aufstieg hinter sich. Aus dem eher christdemokratischen Teil des PD kommend (vor dem Zusammenschluss zur PD war er Mitglied von „La Margherita“²), gilt der junge, dynamisch und unkonventionell wirkende Renzi als neuer Hoffnungsträger der italienischen Politik. Er wurde im Dezember 2013 zum Vorsitzenden des PD gewählt und löste im Februar den eher unglücklich agierenden Enrico Letta als Regierungschef ab. Allerdings war dieser Machtwechsel nicht Ergebnis eines demokratischen Prozesses, sondern eines parteitaktischen Manövers. Die Europawahl gilt als nachgeholte demokratische Legitimation. Mit Renzi ist zugleich die Hoffnung auf eine stabile Mitte-Links-Regierung als Alternative zur jahrelangen Vorherrschaft Berlusconis verbunden. Renzis Erfolg erklärt sich vor dem Hintergrund einer völlig desolaten politischen Situation in Italien. Die politischen Parteien haben sich zum großen Teil diskreditiert und nahezu jede Glaubwürdigkeit verloren. In den Augen vieler handelt es sich bei den Politikern um eine nur auf ihren Vorteil bedachte Kaste“. Und in der Tat reißen die Skandale und Korruptionsfälle nicht ab. Erst dieser Tage wurde die Hauptstadt Rom von einem großen Korruptionsskandal in der Stadtverwaltung erschüttert, nachdem wenige Jahre zuvor bereits die Provinzverwaltung durch schamlose



☞ Dr. Heinz Bierbaum, MdL ist Mitglied des Parteivorstandes DIE LINKE, Vorsitzender der Internationalen Kommission und Professor für Betriebswirtschaft.

Foto: www.linksfraktion-saarland.de

Bereicherung Schlagzeilen gemacht hatte. Dies hat nicht nur den Aufstieg von Beppe Grillo und seiner Bewegung (Movimento 5 Stelle)³ möglich gemacht, sondern auch den Ruf nach einem Macher laut werden lassen, der endlich handelt und nicht von parteipolitischen Überlegungen bestimmt wird. Nach dem Niedergang von Berlusconi, verwickelt in zahlreichen, auch gerichtsnotorischen Affären, war die Zeit reif für Renzi.

Nicht nur die verfahrenere politische, sondern vor allem auch die desolote ökonomische und soziale Situation begünstigte Renzis Aufstieg. Denn er versprach mit einer umfassenden Reformpolitik, Italien aus dieser Situation herauszuführen und für wirtschaftlichen Aufschwung und Beschäftigung zu sorgen. Zwar ist Italien nach Deutschland, Frankreich und Großbritannien immer noch die viertgrößte Wirtschaft Europas, doch die italienische Wirtschaft befindet sich seit Jahren im Niedergang. Seit 2011 geht das Bruttoinlandsprodukt zurück. Die industrielle Entwicklung ist schwach. Beispielhaft sei nur auf die Entwicklung bei FIAT verwiesen, wo unter Sergio Marchionne ein tiefgreifender Umstrukturierungsprozess mit Fabrikschließungen und der Vernichtung von zahlreichen

1 Demokratische Partei: Hervorgegangen aus der Kommunistischen Partei Italiens (PCI), zunächst als PDS (Partito Democratico della Sinistra), dann umgewandelt in DS (Democratici di Sinistra). Zusammenschluss von DS und La Margherita zum PD

2 Aus der christdemokratischen Partei Democrazia Cristiana hervorgegangen

3 Protestbewegung gegen Bürokratie und Korruption, Bürgerbewegung - politische Ausrichtung nicht festgelegt, inzwischen aber zunehmend rechte Tendenzen. 5 Sterne: Umwelt, Wasser, Entwicklung, Internet, Verkehr.

Arbeitsplätzen stattfindet. Die Folge davon ist nun keineswegs eine Stärkung des Unternehmens. Vielmehr verliert FIAT an Bedeutung, zumal durch die Übernahme von Chrysler die Entscheidungszentren mehr und mehr in die USA verlegt werden. Bei einer Arbeitslosenquote von 13 Prozent und einer noch größeren verdeckten Arbeitslosigkeit besteht dringender arbeitsmarktpolitischer Handlungsbedarf. Dies gilt vor allem für die hohe Jugendarbeitslosigkeit. Mit 43 Prozent liegt Italien nach Griechenland und Spanien an dritter Stelle in Europa.

Nicht nur in Italien, sondern auch in Europa versprach Renzi, für frischen Wind zu sorgen. So sprach er sich, wenn nicht schon für ein Ende der europäischen Austeritätspolitik, aber doch für eine Lockerung des Fiskalpakts aus, um die dringend benötigten Investitionen zu ermöglichen. In Italien selbst brachte er eine Reihe von Reformvorhaben“ auf den Weg. Dabei handelt es sich um eine Mischung von Anreizen zur Steigerung des Konsums und damit der Binnennachfrage, Maßnahmen zur Kostenentlastung der Unternehmen und vor allem Maßnahmen zur Flexibilisierung des Arbeitsmarkts. Mit dem Stabilitätsgesetz und den dabei vorgesehenen sozialen Einschnitten soll den europäischen Auflagen des Fiskalpakts Rechnung getragen werden, wobei allerdings mehr Zeit zur Erreichung der stabilitätspolitischen Ziele gefordert wird. Im Zentrum der sog. Reformen steht der Jobs Act“, der Lockerungen in den Arbeitsschutzgesetzen vorsieht, um damit die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und Arbeitsplätze zu schaffen. Kern der Reform“ ist die Abschaffung des Artikels 18, wonach in Betrieben mit mehr als 15 Beschäftigten bei ungerechtfertigter Kündigung zwingend eine Wiedereinstellung erfolgen muss. Dieser Artikel 18 hat in Italien eine außerordentlich hohe Bedeutung und gilt als Ausdruck dafür, dass Arbeit eben nicht einfach Ware, sondern Existenzgrundlage und Konstituens menschlichen Daseins

ist. Er steht damit in Zusammenhang mit Artikel 1 der italienischen Verfassung, wonach Italien eine auf Arbeit gegründete Republik ist. Dieser Artikel 18 ist den Unternehmen und den Wirtschaftsverbänden schon lange ein Dorn im Auge. Was konservative Politiker und selbst Berlusconi nicht erreicht haben, blieb Renzi vorbehalten. Gegen Berlusconi's Arbeitsmarktreformen demonstrierten 2002 drei Millionen Menschen, wodurch die Abschaffung eben des Artikels 18 verhindert wurde. Von den jüngsten durchaus auch massenhaft befolgten Streiks und Demonstrationen lassen sich Renzi und seine Gefolgschaft dagegen nicht beeindrucken. Man respektiere zwar die gewerkschaftlichen Aktionen, lasse sich jedoch von den beschlossenen Maßnahmen nicht abhalten. So wurde denn auch der Jobs act“ am 3. Dezember Gesetz, das allerdings zur Umsetzung noch einer Reihe von Verordnungen bedarf. Was nun die Anreize zur Steigerung des Konsums und damit der Ankurbelung der Nachfrage angeht, so sollen die Bezieher niedriger Einkommen (bis 20.000 Euro im Jahr) monatlich 80 Euro mehr erhalten.

Die Logik dieser Politik folgt trotz einiger nachfragesteigernder Maßnahmen dem neoliberalen Credo, dass Kostenentlastung für Unternehmen Arbeitsplätze schaffe. Damit entsprechen sie einer Politikkonzeption, wie sie in dem 1999 vorgelegten Schröder-Blair-Papier enthalten ist, womit große Teile der europäischen Sozialdemokratie auf neoliberalen Kurs gebracht und in Deutschland die Hartz-Gesetze bewirkt wurden. Renzi verstärkt den ohnehin schon vorhandenen, wenn auch moderaten neoliberalen Kurs des PD. Deshalb und auch wegen seines stark auf seine Person zugeschnittenen Politikstils wird er oft mit Tony Blair verglichen und als italienischer Blair bezeichnet. Auch wenn es deutliche Parallelen im messianischen Auftreten, dem Versuch eines neuen Politikstils und der starken neoliberalen Ausrichtung gibt, so trifft dieser Vergleich

doch nur sehr begrenzt zu. Dies hängt zu nächst mit dem gegenüber Labour und auch gegenüber anderen sozialdemokratischen Parteien sehr verschiedenen Charakters des PD zusammen, vor allem aber mit einer veränderten gesellschaftlichen Situation. Auch wenn er oft als solche bezeichnet wird, ist der PD nicht wirklich eine sozialdemokratische Partei. Er ist in seiner politischen Ausrichtung eher eine liberale Partei, die sich insbesondere an der US-amerikanischen Demokratischen Partei orientiert. Diese war ausdrücklich die politische Referenz für Walter Veltroni, einen der Vorgänger von Matteo Renzi, der lange Zeit die Politik des PD prägte. Gleichzeitig will Renzi sich von der traditionellen Parteipolitik radikal abgrenzen und Politik dadurch neu begründen, dass er das Rechts-Links-Schema in der Politik überwinden und ein direktes Verhältnis von politischer Führung und den Bürgern etablieren will. An die Stelle von parteipolitisch ausgerichteten Versammlungen werden Massenevents zur politischen Diskussion und Verkündung politischer Botschaften organisiert die sog. Leopoldas, benannt nach dem Veranstaltungsort, dem ehemaligen Bahnhof Leopolda⁴ in Florenz. Damit knüpft Renzi an die in den sozialen Bewegungen verbreiteten Asambleas⁵ an, einer durchaus neuen, attraktiven und auch insbesondere junge Menschen anziehende Veranstaltungsform. Die erste Leopolda fand 2010 statt und war der Ausgangspunkt für Renzis politischen Aufstieg. Am 25./26. Oktober kam es zur fünften Leopolda⁵ zeitgleich zu einer großen Gewerkschaftsdemonstration in Rom und damit gewissermaßen als Gegenpol. Denn der politische Schwerpunkt der Leopolda war die Verteidigung der Arbeitsmarktpolitik der Regierung, während deren Verhinderung Ziel der gewerkschaftlichen Aktionen war.

Sich als Vertreter der Linken gebend macht Renzi rechte Politik. Dies drückt sich auch darin aus, dass so gut wie keine Kritik mehr

an Berlusconi erfolgt. Im Gegenteil werden mit ihm politische Absprachen getroffen, nicht nur um die Mehrheiten zu sichern, sondern um weitreichende politische Weichen zu stellen wie z.B. die Erarbeitung eines neuen Wahlgesetz, mittels dessen kleineren Parteien der Garauz gemacht werden soll. Bislang sind allerdings die versprochenen Erfolge weitestgehend ausgeblieben. Dies gilt zunächst für die wirtschaftliche Entwicklung, die deutlich unter den Erwartungen blieb. So muss auch für 2014 mit einem weiteren, wenn auch leichten Rückgang gerechnet werden. Aber auch politisch gab es Rückschläge. In den Regionalwahlen in der Emilia Romagna und in Kalabrien am 23. November verlor der PD gewaltig an Stimmen gegenüber dem Ergebnis der Europawahlen im Mai. In der Emilia Romagna waren es 750.000 und in Kalabrien betrug der Verlust 83.000 Stimmen. In beiden Regionen gewann zwar der Kandidat des PD, doch war die Wahlbeteiligung sehr gering. In der Emilia Romagna betrug sie gerade einmal 37,7 Prozent, was einer Halbierung gegenüber den letzten Regionalwahlen gleich kommt. Auch in Kalabrien ging sie mit 44 Prozent deutlich zurück. Alle Parteien verloren erheblich, einzig die rechte Lega Nord konnte zulegen.

Die Gewerkschaften, allen voran die CGIL⁴ und besonders deren Metallgewerkschaft FIOM⁵ mobilisieren gegen diese Politik der Regierung, weil sie darin keine Lösung für die hohe Arbeitslosigkeit, für Einkommensverluste und für die Ausweitung prekärer Arbeitsverhältnisse sehen. So fand am 25. Oktober eine von der CGIL organisierte Demonstration in Rom statt, an deren Abschlusskundgebung rd. eine Million Menschen teilnahmen. Für den 12. Dezember hat die CGIL unter dem Motto *Così non va!* zu einem Generalstreik aufgerufen. Er war

4. Confederazione Generale Italiana del Lavoro: Größter gewerkschaftlicher Dachverband – ursprünglich kommunistisch-sozialistisch orientiert, heute dem PD nahe stehend.

5. Federazione Impiegati Operai Metallurgici.

ursprünglich für den 5. Dezember vorgesehen, wurde aber im Interesse des Einbezugs der UIL⁶, des dritten Gewerkschaftsbundes Italiens, und damit im Interesse der Schaffung einer möglichst breiten Basis um eine Woche verschoben. Gefordert wird ein wirklicher Plan zur Schaffung von Arbeit mit arbeitsplatzschaffenden Investitionen, Maßnahmen gegen prekäre Arbeitsverhältnisse und Armut, Bekämpfung der Korruption und der Steuerhinterziehung und die Verteidigung des gewerkschaftlichen Mandats zu Tarifverhandlungen.

Die Situation ist paradox. Auf der einen Seite mobilisieren die Gewerkschaften beeindruckende Massen, obwohl sie nicht einig sind. Diese werden in erster Linie von der CGIL und dabei ganz besonders von der FIOM organisiert, während etwa beim jüngsten Generalstreik die CISL⁷ abseits steht. Auf der anderen Seite fehlt es an einer wirksamen politischen Repräsentanz, die dazu in der Lage wäre, die gewerkschaftlichen Forderungen in Politik umzusetzen. Die Linke ist seit Jahren schwach und zerstritten. Am relativ stärksten war bisher noch Nichi Vendolas SEL (Società, Ecologia, Libertà)⁸, die politisch auf eine Zusammenarbeit zumindest mit den Linken innerhalb des PD orientiert. Doch geht ihre politische Bedeutung wie auch die von Rifondazione Comunista⁹ oder auch dem noch kleineren PDCI (Partito dei Comunisti Italiani)¹⁰ zurück. Immerhin konnte die Linke sich zum größten Teil auf eine gemeinsame Liste für die Europawahl, der Liste Tsipras“ verständigen, sodass sie drei Abgeordneten ins Europarlament entsenden konnten. Die Liste Tsipras

ist aber kaum ein tragfähiges Modell für Italien selbst. Gegenwärtig gibt es erneut Versuche, zu einer Verständigung und zu einem breiteren Bündnis zu kommen. Aus dem gewerkschaftlichen Umfeld stammt der Vorschlag zur Gründung einer Partei der Arbeit, um damit dem gewerkschaftlichen Protest politisch Ausdruck zu verleihen. Allerdings ist 2002, als sowohl die enormen gewerkschaftlichen Massenproteste als auch ihre politische Wirkung eine Basis boten, die historische Chance zur Gründung einer solchen Partei der Arbeit verpasst worden. Dieser erneute Versuch hat bisher wenig Resonanz und muss daher skeptisch beurteilt werden. Ganz aktuell versucht man insbesondere auf Initiative von SEL unter der Überschrift „Human Factor“ einen breiten Verständigungsprozess unter den Linken zu organisieren. Damit will man zum Ausdruck bringen, dass die Wirtschaft den Menschen zu dienen hat und eben nicht umgekehrt. Diese Initiative versteht sich durchaus als Antipode zu Renzis Leopolda. Ob sie gelingen wird und in der Lage ist, den notwendigen Einigungsprozess wenigstens ein Stück weit voranzubringen, wird sich erweisen müssen. ■

6 Unione Italiana del Lavoro: mit deutlichem Abstand drittgrößter gewerkschaftlicher Dachverband; entstanden als Abspaltung von der CGIL mit ursprünglich republikanischer und sozialdemokratischer Ausrichtung.

7 Confederazione Italiana Sindacati Lavoratori: zweitgrößter gewerkschaftlicher Dachverband, kommt aus der christlichen Tradition.

8 Linke, Ökologie, Freiheit.

9 PRC: Partito della Rifondazione Comunista, Partei der kommunistischen Wiedergründung.

10 Partei der italienischen Kommunisten: Abspaltung von Rifondazione Comunista.